

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Müttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Müsberg, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langendörfel, Callenberg, Grumbach, Trischheim, Aufschnapp, St. Egidien, Wittenbrand, Selma, Mittelbach, Hirsberg, Kirchberg, Gelsbach, Weißa und Hübner.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 4,02 Mk., monatlich 1,34 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11. Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz. Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die festgelegte Zeilenbreite 25 Pfa. auswärts 35 Pfa. im Reklameteil 75 Pfa. Bei mehrmaligem Abdruck langfristiger Anzeigen. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Nachweilrecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall abhingt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abhilfe in Rechnung.

Nr. 250

Dienstag, 28. Oktober 1919

69. Jahrg.

Ueber 200 Milliarden Schulden

In der letzten Sitzung des Reichsrats stand zunächst eine Ergänzung zum Entwurf des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1919 auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter machte darauf aufmerksam, daß das gesamte Finanzbild überaus ernst wäre. Die Schuld des Reiches hat sich in einem Jahre um 40,9 Milliarden vermehrt. Die gesamte Reichsschuld betrug am 31. Dezember 1918 93,7 Milliarden und wurde durch Rückkäufe auf 90,4 Milliarden ermäßigt. An unverzinslichen Schaßanweisungen, also an schwebender Schuld, sind zur Zeit 82 Milliarden im Umlauf, so daß die gesamte Schuld sich auf 172 Milliarden beläuft. Am 1. April 1920 wird die Schuld des Reiches, wenn alle Kredite realisiert werden, die noch offen sind, insgesamt 204 Milliarden betragen, eine ganz ungeheuerliche Summe, da wir vor dem Kriege nur 5 Milliarden Schulden hatten und unter gesamten Nationalanleihen höchstens 200 bis 300 Milliarden geschätzt wurde. Um 300 Millionen erhöht sich im Rechnungsjahr 1919 der für den Zinsendienst fortwährend nötige Bedarf. Die Entwicklung der Folgen des Krieges wird uns ebenfalls kosten wie der Krieg selbst.

Für außerordentliche Zwecke sind im Etat allein 32 Milliarden vorgesehen, darunter 17 Milliarden zum Vollzug des Friedensvertrages. Der Ausschuß des Reichsrates war sich darüber einig, daß das Reich eine Fortdauer dieser Ausgabenpolitik nicht mehr lange wird aushalten können und daß ein einschneidender Abbau der außerordentlichen Ausgaben unabwendbar ist. Auch der natürliche Stand der schwebenden Schuld hat dem Ausschuß Anlaß zur Sorge. Der Vertreter des Finanzministers versprach, daß demnächst der Wunsch erfüllt werden soll, dem Reichsrat mitzuteilen, wie sich der Minister die Zurückführung der Reichsanlagen in eine geordnete Bahn denkt und welche Pläne er dabei verfolgt. Der Reichsrat stimmte dem Ergänzungsetat zu.

Eine besorgte Stimme über Frankreichs Finanzlage

In der „Humanität“ wendet sich Marcel Cachin mit heftigen Worten gegen den Optimismus des französischen Finanzministers. Frankreich habe ein jährliches Budget von 25 Milliarden auszugeben und eine Schuld von 200 Milliarden zu tilgen. Es sei nur geringe Hoffnung vorhanden, daß Washington dem Plan einer Tilgung der Kriegsschulden zustimmen werde. Die Vereinigten Staaten werden nicht einmal auf die Zinsen für die Anleihen an die Alliierten verzichten. Man zaudert sogar, Europa neue Kredite zu gewähren, denn Europas Schuldenlast sei grenzenlos.

Die sächsische Regierung und die Finanzwirtschaft der Gemeinden.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Dresdner Volkszeitung“, das mehrheitssozialdemokratische Organ, folgenden, offenbar von der Regierung veranlaßten Nachschrei:

„Durch die vorhandenen allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten mehrten sich die Gesuche von Gemeinden um Erlass von Verbindlichkeiten gegenüber dem Staat, um zinslose Darlehen, Beihilfen und dergleichen. Das Ministerium des Innern hat sich deshalb veranlaßt gesehen, darauf hinzuweisen, daß das nicht leicht zu unterstehende Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden auch die Pflicht einschließt, in der letzten Zeit die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Aufrechterhaltung der eigenen Gemeinbewirtschaftung und zur Bestreitung des Aufwandes für die allen Gemeinden übertragenen Aufgaben auf das äußerste auszunutzen, ehe sie an den Staat mit dem Antrage herantreten, ihnen zu helfen. Die Gemeinden haben sich daran gewöhnt, ihre Finanzverhältnisse nur nach der Höhe der Gemeindefiskalverhältnisse zu beurteilen, ohne die Einkommenssteuer im Verhältnis zur Staatseinkommenssteuer darzulegen. Abgesehen von den inneren Mängeln, die dieser Gegenüberstellung anhaften, erfordert die Darlegung der Fedür-

tigkeit der Gemeinde den Nachweis, daß namentlich keine irgend erheblichen Ausgaben gemacht oder geplant werden, und weiter, daß nicht die Gemeindefiskalverhältnisse gegenüber anderen möglichen Einkommensquellen zu stark angepannt worden ist und diese auch wirklich voll ausgenutzt sind.“

Es wäre interessant, einzustellen, welche Gemeinden es sind, gegen die sich die sächsische Regierung jetzt in so ernahender Weise wenden muß. Sicher würde es sich dann zeigen, daß es sich in erster Linie um Gemeinden handelt, denen die sogenannte Neuordnung eine Gemeindeverwaltung gebracht hat, die es für „fortschrittlich“ und „sozial“ hält, in der Bewilligung von Mitteln bedenkenlos über die finanzielle Leistungsfähigkeit ihrer Gemeinden hinauszugehen, und die gründlich mit dem „reaktionären“ Grundgesetz aufträumen zu müssen glaubte, daß die Deckungsfrage vor der Ausgabe neuer Mittel für nicht verbundene Anlagen zu erörtern ist.

Verzicht auf die Milchsteuere.

Die englischen Blätter vom 23. d. M. melden, daß der Schadenvergütungskommission zwei von zahlreichen politischen, diplomatischen und geistlichen Persönlichkeiten unterzeichnete Denkschriften unterbreitet worden sind, in welchen die Kommission aufgefordert wird, die Folgen, die sich aus der sofortigen Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages und aus der Ablieferung von 100 000 Milchkühen und 10 000 Ziegen durch Deutschland ergeben, in sorgfältigste und ernste Erwägung zu ziehen. In der Denkschrift, welche u. a. von Lord Beauchamp, der Herzogin von Bedford, dem Kardinal Bourne, dem Lord Burrell, dem Erzbischof von Canterbury, dem Lord Cavan, Lord Robert Cecil, Mr. Clive, Lord Crewe, Arthur Henderson, dem obersten Rabbiner, Lord Landsdown, Lord Marley und vom Bischof von Winchester unterzeichnet ist, heißt es: Die Tuberkulose hat sich in Deutschland, besonders unter den Kindern der Mittelklassen, ungehindert verbreitet. Zur Bekämpfung der wichtigen Seuche ist Milch das Hauptfordernis. Im Interesse der Welt und Europas darf das deutsche Volk bei seinem Verjude, die Verheerungen dieser Seuche einzuschranken, nicht behindert werden. Die Folgen, welche sich aus einer weiteren Einschränkung der Milchversorgung in Deutschland ergeben würden, erfüllen uns mit Entsetzen. Unter Hinweis auf die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, anstatt der Auslieferung der Milchkuhe ihren Wert zu ersetzen, wird dieses Verjahren von den Unterzeichneten als Lösung vorgeschlagen. Die zweite Denkschrift ist von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Hungersnot unterbreitet worden.

Es ist eine alte englische Gewohnheit, in Dingen von für Englands Gesamtinteresse verhältnismäßig geringer Bedeutung vor aller Welt edle Gesinnung zur Schau zu tragen. So auch in diesem Falle. Auf jedem anderen Gebiet wird Deutschlands Handel und Wandel brutal zertrampelt, aber indem man auf die Milchkuhe verzichtet — die wir ohnehin kaum hätten liefern können — und sich dafür mit barem Gelde (wer weiß, nach welcher Berechnungsart?) begnügt, erringt man auf bequeme Weise bei dem zur Sentimentalität neigenden deutschen Volke Sympathie, indem letzteres bereitwillig vergißt, daß die Leute, die jetzt in salbungsvollem Ton von der Milchnot Deutschlands und ihren schrecklichen Folgen sprechen, die gleichen sind, die in den Kriegsjahren den alles Völkerverdrehenden entsetzlichen Hungersnotkriege, der alle Seuchen zur Folge hatte, führten und die beim Friedensschluß sich nicht scheuten, Forderungen aufzustellen, die nichts anderes bedeuteten, als die erbarmungslose Anechtung eines großen Volkes.

Die Wirkungen der Ostseesperre.

Die Wirkungen der Ostseesperre machen sich von Tag zu Tag fühlbarer. Auch der Schiffsverkehr zwischen den Küstenplätzen, der die Einkünfte bisher wesentlich entlastete, ruht vollkommen, so daß die Anflutung der zur Veranschaffung bestimmten Güter in den Häfen einen immer größeren Umfang annimmt. Die Minenräumverbän-

de sind nach der erzwungenen Einstellung ihrer Tätigkeit namentlich vollständig in die deutschen Häfen zurückgekehrt. Von einschneidender Bedeutung ist der Umstand, daß die Fischerbohlen in der Ostsee an der Teilnahme an den namentlich beginnenden Herings- und Sprottenfängen durch die Ostseesperre verhindert sind.

Spaltung in der kommunistischen Partei

Berliner Blätter bringen einen Aufruf der Hamburger kommunistischen Arbeiterzeitung, wo nach der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) sich gespalten hat. Dem Aufruf zufolge hat die Zentralleitung der Partei die Delegierten mit Verzicht überfallen, die vorher der Organisation zur Beibehaltung nicht vorgelegen haben. Am Schluß dieser Verlesung befand sich der Vermerk, daß alle Genossen, die nicht auf dem Boden dieser Verlesung ständen, aus der Partei auszuweisen haben. 18 von den 43 Delegierten haben gegen diese Verlesung gestimmt. Der Aufruf weist schließlich darauf hin, daß sich die Mitglieder dieser Partei neu organisieren müsse und daß die Parteiorganisation in Hamburg die Durchführung der Vorarbeiten für die Organisation der neuen Partei in die Hand genommen habe.

Noch über 70 000 Gefangene in England.

Nach den englischen Blättern wurde in der Unterhausitzung vom 23. Oktober mitgeteilt, daß sich am 20. Oktober noch 72 665 Kriegsgefangene in England befanden.

Oberschlesien und Schleswig im Fünfterrat.

Der Fünfterrat hielt, wie aus Vertailles vom Sonnabend gemeldet wird, nachmittags eine Sitzung ab. Er beschäftigte sich u. a. mit den Beschwerden der politischen Delegation, die behauptete, in Oberschlesien fanden Kommunalwahlen statt, die erst nach Aufhebung der interalliierten Kommission, die die Volksabstimmung vorbereite, vor sich gehen könnten. Der Friedensauschluß besprach alsdann die Unruhen, die durch die Entsendung deutscher Truppen in Flensburg ausgebrochen sind. Der Fünfterrat befürchtet, daß durch das Entsenden deutscher Truppen, die unter dem Vorwande, gegen Unruhen vorzugehen, zu Behauptungen führen könnten, die Volksabstimmung beinträchtigt würde.

Wie wir zu dem letzten Paßus erfahren, kann von Unruhen, die durch die Entsendung deutscher Truppen in Flensburg ausgebrochen seien, sollen, nicht die Rede sein. In Wirklichkeit haben in voriger Woche Übergriffe arbeitsloser Elemente stattgefunden. Um solche für die Zukunft unmöglich zu machen, ist ein Bataillon nach Flensburg geschickt worden. Seine Anwesenheit hat genügt, um die Ruhe vollkommen wiederherzustellen. Eingriffe der Truppen sind nicht nötig gewesen. Die Befürchtungen, daß die Anwesenheit der Truppen die Volksabstimmung beeinträchtigen könnte, sind vollkommen unbegründet.

Generalfeldmarschall v. Haeseler †

Generalfeldmarschall Graf Haeseler ist Sonnabend nachmittag auf seinem Gute Harztop bei Wriezen an der Ostsee gestorben.

Der „alte Haeseler“, war einer der volkstümlichsten Offiziere der preussischen Armee. Er war es, weil er in seiner Persönlichkeit, die auch rein äußerlich bis in sein tiefes Alter hinein etwas Bestehendes, Außergewöhnliches hatte, die Eigenschaften eines großen Soldaten und eines großen Menschen in einer Weise vereinigte, die ihn weit über seinen engeren Dienst- und Aufgabenbereich hinaus zum Vorbild des Offiziers schickte. Der alte Haeseler war darin eine Fortsetzung der alten preussischen Tradition. Er begnügte sich nicht damit, zwischen der Führung und der Truppe ein kühl rechnerisches Verhältnis herzustellen, die den einzelnen Mann zur Nummer, zum Material machte. Ebenso wichtig wie das dienstliche Verhältnis war ihm das rein menschliche, das er zu seiner Truppe hatte, ja dieses war ihm Voraussetzung für das Dienstliche, für mustergültige, soldatische Arbeit. Daher kam seine fast legendäre Beliebtheit

bei der Truppe, daher der Haß der Franzosen, die in ihm den Teufel von Metz sahen. Diese Eigenschaften waren es auch, die den an der Schwelle des Lebens stehenden General im Hauptquartier des Kronprinzen am Beginn des Krieges zur prominentesten Erscheinung machten. Zweifellos hat Haeseler, der der Kronprinzenername als Berater zugeteilt war, an der Durchführung des Einleitungsabzuges in Elsaß-Lothringen großen Anteil genommen. In welchem Maße — das wird die Geschichte des Krieges noch zu klären haben.

Haeseler war 1836 in Potsdam geboren. 1870–71 war er als Major im Stabe des Prinzen Friedrich Karl. Seine Haupttätigkeit bestand in der Ausarbeitung der Befehle der Armeeleitung, in der Haeseler keine hohen geistigen und militärischen Fähigkeiten in beispielgebender Weise bewährte. Nach dem Feldzug war Haeseler Generalfeldmarschall bei der Ostpreussischen Armee und erhielt dann das Kommando der Straßburger Manen Nr. 11. Dienst im Generalstab und in der Truppe lösten sich die folgenden Jahre ab. Als Anerkennung für seine Leistungen bei den Befestigungsarbeiten wurde ein Meher Fort nach seinem Namen benannt. 1903 wurde er auf sein Gesuch als Generalfeldmarschall zur Disposition gestellt — 1905 wurde er zum Generalfeldmarschall ernannt.

Deutschlands Vertreter zur Washingtoner Konferenz

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet: Unter den zwölf Vertretern, welche Deutschland zur Internationalen Arbeitskonferenz in Washington zugestanden sind, befinden sich vier Regierungsvertreter, darunter der Führer der Delegation, Staatssekretär a. D. August Müller und Geheimere Oberregierungsrat Dr. Lemmann vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Dr. Tiburtius, Geheimrat v. Lewinsky vom Auswärtigen Amt. Vertreter der Arbeitgeber ist Geheimere Kommerzienrat Wieland, Vertreter der Arbeitnehmer der Metallindustrie Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Grafmann (als Vertreter Belgiens). Unter den technischen Ratgebern werden genannt, Zil. Hanna, Schriftleiterin der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, der Regordnete Crelenz und der Generalsekretär der deutschen Gewerkschaften, Brauer.

Eine Besichtigungstour durch das Erzgebirge und das Vogtland

unternahm kürzlich Ministerialdirektor Gelpner mit Dr. v. Hübel vom sächsischen Wirtschaftsministerium, Abteilung Landwirtschaft, mit dem Landesforstwirtschaftsdirektor Regierungsrat Dr. Grundmann, um persönlich Einblicke zu nehmen in die landwirtschaftlichen Verhältnisse der genannten Landesteile, die anders in die gegenwärtige Verfassung der vorhandenen Rindviehbestände. Im Vogtlande übernahm die Führung Detonometrie Dr. Klepl. Dr. v. Hübel nahm stets Gelegenheit, mit einzelnen Besitzern, mit Gemeindevorständen, Vereins- und Genossenschaftsvorständen eingehend die betriebsmäßigen Verhältnisse zu besprechen. Ueberall zeigte sich, daß die Viehbestände infolge des Anschneidens bedeutend gelichtet worden waren, aber fast überall bemüht man sich, die Lücken durch Aufzucht wieder aufzufüllen, was selbstverständlich erst in einigen Jahren gelingen kann. Mit großer Befriedigung konnte festgestellt werden, daß hierbei mit Züchterverständnis vorgegangen worden ist und das vorhandene Züchtermaterial einen Wiederaufbau der geschädigten Rindviehbestände ermöglicht, wenn es vor weiteren Eingriffen verschont bleibt. Mit besonderer Absicht wurden auch viele Notviehstuden bejucht, um einen Urteil über die gegenwärtige Bedeutung der Notviehstuden im Vogtlande zu gewinnen. Es zeigte sich, daß der Krieg wohl die Zahl von Züchtereulen des alten rotbraunen Rinderschlages eingeschränkt hatte, nicht aber die Qualität der bis her bewährten Zuchtstämme. In Auerbach wurde die Landwirtschaftliche Lehranstalt mit ihrer Mädchenabteilung mit großer Interesse bejucht, in letzterer auch eine Rostprobe eingenommen. In Dröda nahm man die auf dem dortigen Rittergute im vergangenen Sommer gegründete Anstalt in Augenschein.

besonders
27. Abt.
und
ing
al
gen
drate,
moben,
n 974
n
gezeitige
ren
is.
nagen
nach An-
inachen.
nallat.
iel
schäft:
8.
rk,
i Kall
ehl
ingelien
r. 39.
ap
H
achj.
ar
20 Mt.
r. 40.
ut
iptem.
vähle
e.
0 469.
k-
apie.
mt.
mt.
000,
000,
0000.
1919.
rt.
rfs
urzt.
os.
n
n.
e
erden
gut
eg 3.
ne
dem
1129.